



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/225 - 28.9.1953

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise  
auf den Inhalt:

Fernsprecher 21831-32  
Fernschreiber 039 690

Nachwort zu Strassburg	S. 1
Die Deutschlandpolitik der R.F.of L.	S. 3
Zum Chefredakteurwechsel in der "Welt"	S. 5
Tauziehen in Niedersachsen	S. 7

## Europa am Kreuzweg

Von Willi Eichler

Der Europarat hat in den letzten Tagen mit der Verabschiedung der Schlussresolution über die europäische Situation einen Schritt getan, den man in seiner praktischen Bedeutung nicht überschätzen und in seiner psychologischen Wirkung nicht verkleinern sollte.

Der Ausschuss für Allgemeine Fragen hatte Paul Henri Spaak aufgefordert, über "die Politik des Europarates im Lichte jüngster Entwicklungen der Internationalen Situation" eine zusammenfassende Darstellung zu geben. Sie wurde in tagelangen Diskussionen erörtert. Ihre Hauptgesichtspunkte sind, so weit es die Rede Spaaks angeht: Der russischen Regierung ist nicht zu trauen. Die Koexistenz der westlichen und der östlichen Welt ist nur möglich auf Grund eines Gleichgewichts der Mächte, das heisst, die Russen werden nur Machtpositionen des Westens anerkennen. Diese Machtpositionen müssen also geschaffen werden. Sie bestehen im Bündnis Europas mit den Vereinigten Staaten und dem Commonwealth. Europa heisst: die EVG und die Europäische Politische Gemeinschaft, also das in den Westen "integrierte" Westdeutschland, das - wie Spaak meinte - durch die Wahlen am 6. September den Wunsch ausgedrückt hat, diese von Spaak vorgeschlagene Politik zu unterstützen. Die gesammelte Machtkonzentration, einmal verwirklicht, biete dem Westen die Chance,

mit den Russen über einen modus vivendi zu verhandeln und dabei nichts einzubüssen.

Die Diskussion war nicht einheitlich. Unbestritten war die Notwendigkeit einer einheitlichen Politik des Westens, ein solidarisches Zusammenwirken seiner Teile und ein geschlossenes Auftreten gegenüber russischen Ambitionen. Der Wert der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" war vielseitig umstritten. Es gab die französische Sorge vor dem Überwogen deutschen Einflusses in dieser Gemeinschaft. Verschiedene Sprecher, auch der deutsche Sozialdemokrat G. Lütken, fürchteten, dass gerade die Ratifizierung der EVG die notwendigen Verhandlungen über die - von allen bejahte - Einheit Deutschlands sinnlos machen würde. Und schliesslich war der künftige Status eines wiedervereinigten Deutschlands Gegenstand einer heftigen Kontroverse.

Die Erklärung des Unterstaatssekretärs im Foreign Office, Hitting, über die Bereitwilligkeit seiner Regierung, sich der EVG möglichst nahe zu assoziieren, verursachte eine gewisse Sensation. Sie bewog auch den Vorsitzenden der französischen Sozialisten, Guy Mollet, festzustellen, dass unter diesen Umständen er und seine engsten Freunde sich für die EVG entscheiden könnten. Diese beiden Erklärungen schufen dann eine gewisse Einheitlichkeit in der Schlussabstimmung.

Die Schlussresolution selbst ist bis auf einen Punkt, den Absatz 5 im 2. Hauptteil, ein gutes Werk. In dem genannten Absatz 5 heisst es, dass die Hoffnung auf einen günstigen Ausgang von Viererverhandlungen nicht die Anstrengungen verlangsamen dürfe für den Aufbau der bereits in Vorbereitung sich befindenden Europäischen Gemeinschaft, also der EVG und der Politischen Gemeinschaft. In der Tat wird durch diesen Punkt die ganze Resolution in ihrer Bedeutung stark entwertet, - so lange man wenigstens der Meinung ist, dass Viererverhandlungen wirklich einen entscheidenden Schritt zur Entspannung der internationalen Lage bilden könnten. Der britische Labour-Delegierte de Freitas bezeichnete es sogar als eine Torheit, beides zusammen in einer Resolution zu erwarten: das Festhalten an der EVG und Viererverhandlungen mit einem günstigen Ausgang.

Die Resolution wurde von den deutschen Sozialdemokraten wegen die-  
des Punktes abgelehnt. 11 Delegierte enthielten sich der Stimme.

Die vielen wertvollen - sowohl in Hinsicht auf die Erklärung von Prinzipien als auch auf die Festlegung auf einzelne Punkte der europäischen Politik - Abschnitte der Resolution scheinen uns gerade durch das Festhalten an dem Punkt 5 abgeschwächt worden zu sein, weil dieser Punkt wirklich zeigt, dass die Politik des Westens nicht flexibel genug ist, der des Ostens entgegenzutreten. Die Ablehnung einer solchen Politik wird den Russen gerade dadurch leicht gemacht, dass sie unter Hinweis auf die geplante Wiederaufrüstung Deutschlands ihre eigene Sicherheit für gefährdet erklären. Damit aber sind Versuche von vornherein abgelehnt, auch auf anderem Wege als auf dem der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine Politik kollektiver Sicherheit mit den Russen zu erörtern.

Es fällt schwer zu glauben, dass Männer wie Spaak die Zwiespältigkeit ihrer eigenen Vorschläge nicht begreifen sollten. Und die Gefahr liegt nahe, dass weite Kreise auch in Europa die Zustimmungserklärung für eine Viermächtekonferenz für nicht ganz ehrlich halten, weil für diese Konferenz zu viele Bedingungen gestellt sind, die die Russen nicht mehr diskutieren können, sondern die sie einfach hinnehmen sollen. Und hier liegt der wirkliche Ernst der Situation: Der Europarat hat nicht bereitwillig und intelligent genug die Möglichkeiten untersucht, die sich aus einer vielleicht geänderten Haltung in der russischen Außenpolitik ergeben können. Da sich alle einige darin waren, dass eine unmittelbare Bedrohung des Friedens durch die Russen nicht vorhanden ist, lässt sich nicht einsehen, warum das Verfehlen von Verhandlungen über eine gemeinsame Sicherheit aller Staaten der Welt schon beladen werden muss mit der Festlegung auf die EWG und auf die Europäische Politische Gemeinschaft.

Der Europarat hatte eine grosse Chance, den Ländern der Sechser dieses weltpolitische Dilemma klar zu machen. Diese Chance hat er längst nicht ausreichend genützt. Er hat sich in seiner Mehrheit (wenn auch aus verschiedenen Motiven heraus!) stur an eine bestimmte Lösung europäischer Zusammenarbeit geklammert, ohne wirklich ernsthaft andere Wege zu erörtern, die widerspruchlos mit dem Ziel von Verhandlungen mit den Russen vereinbar gewesen wären.

Durch Freiheit zur nationalen Einheit

## Die Deutschlandpolitik der A.F.of L.

Gegenwärtig hält die grosse amerikanische Gewerkschaft A.F.of L., die über acht Millionen Mitglieder zählt, ihren 72. Jahreskongress ab. Den Beratungen liegt ein Bericht zugrunde, der einige höchst bemerkenswerte Passagen über die vom Westen einzuschlagende Deutschlandpolitik enthält. Unter anderem heisst es darin:

In Europa ist die dringendste Aufgabe der freien Länder, mit-zuhelfen, ein wiedervereinigtes demokratisches Deutschland zu schaffen, das sowohl in seiner Aussen- als auch Innenpolitik unabhängig ist. Nur ein wiedervereinigte demokratisches Deutschland kann bei der Zusammenarbeit mit den anderen freien Ländern für die schrittweise wirtschaftliche Integration Europas, die Förderung der kollektiven Sicherheit und des Friedens den ihm zustehenden Platz einnehmen und die ihm zukommende Rolle spielen. Nur wenn unsere Regierung sich energisch für die Erreichung dieses Ziels einsetzt, kann sie die ungeteilte Hingabe und die ganze Stärke des deutschen Volkes für die Sache des Weltfriedens und der Freiheit gewinnen.

Durch Freiheit zur nationalen Einheit! Das ist die Hauptlehre der historischen Erhebung in der Ostzone. Freie Wahlen, die in Freiheit vorbereitet werden, sind die erste Voraussetzung für die Wiederherstellung eines einheitlichen gesamtdeutschen Staates. Die demokratischen Organisationen, die freie Presse und die freien Gewerkschaften, die unterdrückt worden sind, müssen wieder zugelassen werden. Den demokratischen Politikern, Journalisten und freien Gewerkschaftsführern, die verhaftet, deportiert, verschleppt oder zu fliehen gezwungen worden sind, muss erlaubt werden, in voller Freiheit in ihre Heimat zurückzukehren. Alle Zonenschranken sollten aufgehoben werden. Das deutsche Volk sollte wieder das Recht auf freien Interzonenverkehr haben. Das auf der sowjetischen Seite der Zonengrenze errichtete Niemandsland sollte beseitigt werden. Nur dann können die demokratischen Institutionen wiederhergestellt, freie Wahlen abgehalten und kann eine demokratisch gewählte Regierung gebildet werden, die befugt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

Die Oder-Neisse-Linie und die Saar

Der Friede muss mit dem deutschen Volke und nicht durch Schacher der Grossmächte für es geschlossen werden. Eine Lösung des deutschen Problems auf Kosten des deutschen Volkes wäre ungerecht und unhaltbar. Wenn die deutsche Ostzone befreit und die deutsche nationale Einheit wiederhergestellt wird, wird die Frage der Oder-Neisse-Grenze akut werden. Die Zustimmung zur Oder-Neisse-Linie würde bedeuten, Moskaus Recht auf alle Gebiete, die es sich seit 1945 erobert, besetzt oder annektiert hat, als berechtigt und endgültig anzuerkennen. Wenn Russland auf der Aufrechterhaltung und Anerkennung der verhassten Oder-Neisse-Grenze als Voraussetzung der Einigung Deutschlands besteht, so ist es offensichtlich, dass der Kraml weiterhin aggressive Absichten verfolgt.

Bei der Berichtigung der deutschen Ostgrenze sollen die nationalen Interessen des polnischen Volkes angemessene Berücksichtigung finden. Gleichzeitig mit der Zurückgabe des deutschen Gebiets durch Polen sollte die Zurückgabe des von Russland annektierten polnischen Gebiets an Polen stattfinden. Aber wenn die Demokratien vom Kraml und von seinen Satelliten verlangen wollen, dass sie die Integrität des deutschen Gebiets respektieren, dann müssen sie das ebenfalls tun. Die drei demokratischen Mächte können so lange nicht von Russland fordern - was sie tun sollten-, Deutschland das Königsberger Gebiet zurückzugeben, als irgendein demokratisches Land Absichten auf das Saargebiet hat und es von Deutschland abzutrennen sucht.

Durch die Verfolgung einer Politik nach Moskaus Muster kann keine westliche Macht hoffen, jemals eine echte französisch-deutsche Verständigung herbeizuführen - eine Verständigung, die für den Frieden der Welt absolut unerlässlich ist.

"Die grösste Hoffnung und stärkste Kraft"

Unsere Regierung und ihre Verbündeten würden ebenfalls gut daran tun, unverzüglich mit allen Methoden zu brechen, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes darstellen. Derartige Methoden sind besonders verwerflich, wenn sie faktisch den Interessen der Ruhrmagnaten und anderer profitgieriger Industrieller dienen, die Hitler und seinen Kriegstreibern an die Macht verhalfen. Diese Kreise sind stets zu einem Bündnis mit Moskau bereit und stehen den berechtigten Bestrebungen der demokratischen freien Arbeiterbewegung fortwährend feindlich gegenüber. Die freie Gewerkschaftsbewegung ist das Bollwerk eines gesunden demokratischen Deutschlands, das mit seinen Nachbarn in Frieden lebt. Die demokratische Arbeiterbewegung ist die grösste Hoffnung und die stärkste Kraft für den Aufbau Deutschlands als einer friedfertigen Demokratie und eines unerbittlichen Feindes aller totalitären Tyrannei und Aggression. Die historische Erhebung in der Ostzone hat von neuem gezeigt und bestätigt, dass es die freiheitsliebenden Kräfte der deutschen Arbeiterschaft sind, zu denen die Demokratien am meisten Vertrauen haben sollten. Einen anderen Kurs gegenüber diesen verlässlichsten demokratischen Elementen des deutschen Volkes einzuschlagen würde ihre Integration als gleichberechtigte, ihr Bestes gebende Teilnehmer an dem Kreuzzug für Frieden, Freiheit und menschliches Wohlergehen unmöglich machen.

+ + +

Am Anfang - die Tat

(sp) Die Berufung des Publizisten Hans Zehrer zum Chefredakteur der Zeitung "Die Welt" ist die Proklamation eines Programms. Zehrer ist eine zu profilierte Persönlichkeit und sein politisch-publizistischer Weg war zu originell, als dass man an dieser Wertung vorbeigehen könnte. Und der neue Besitzer der "Welt" dürfte diesen Umstand auch berücksichtigt haben, als er seine Entscheidung traf. Wir haben dazu ein Wort zu sagen, weil wir uns schon vor Jahrzehnten mit Hans Zehrer politisch begegneten - nicht zu unserer Freude. Für eine notwendige politische Auseinandersetzung bleibt jedoch, wir möchten es ausdrücklich sagen, die Person selbstverständlich ausserhalb der Betrachtung. Zehrer's persönliches Verhalten im Dritten Reich bietet freilich nicht nur Anlass, ihm mit Respekt zu begegnen.

Umso schärfer widersprechen wir jedoch seiner politischen Linie. Sie wird der Zeitung das Gesicht geben, die soeben unter der vertraglich zugesicherten Verpflichtung und mehrfach wiederholten Erklärung des Besitzers der Anteilmehrheit erworben wurde, dass ihre Überparteilichkeit gewahrt wird, dass die Opposition in gleicher Weise zu Wort kommen werde wie die jeweilige Regierung.

Zehrer war wohl nie Mitglied einer politischen Partei; aber wo immer er wirkte, insbesondere als Leiter der Zeitschrift "Die Tat" und der Tageszeitung "Tägliche Rundschau", war er nie überparteilich. Im Gegenteil! Seine Konzeption war immer die bestimmter Gruppen, seine Hilfestellung galt jeweils ausgeprägten politischen Tendenzen. Das war so, als er in der "Tat" mit Ferdinand Fried, Giselher Wirsing, Erich Glodschey und anderen in der Propagierung der Gedankengänge des Bündestaates und in anderer Weise dem heraufkommenden Nationalsozialismus den Weg ebnete, das war aber auch - und besonders - , als er in der "Täglichen Rundschau" als Vertrauensmann des Generals Schleicher ( und von diesem ausdrücklich gerufen, immer wieder angeregt und gestützt) die Politik des autoritären Kurses, eines deutschen Dollfuss-Regimes, eines antiparla-

mentarischen Systems vertrat.

Der Tat-Kreis hatte einen erheblichen Anteil daran, dass Hitler Eingang bei den Mächtigen der Wirtschaft fand. Zehrer leitete dann den Kreis und inspirierte ihn. Dass er seine eigenen Gedanken damit verband, dass ihm der Südosten Europas als Ziel einer expansiven deutschen Politik und Objekt deutscher Wirtschaftsinteressen wichtiger erschien als das Kohlenbecken von Longwy und Briey, das und ähnliche Einzelheiten sind nicht entscheidende Erscheinungen seiner Politik. Sein Wandel von der Westpolitik, die er in der "Vossischen Zeitung" vertrat, zur Südosteuropa-Politik war zugleich eine Wandlung vom demokratisch-parlamentarischen System zum autoritären. In der "Täglichen Rundschau" fand diese Wandlung ihren sichtbaren und in der engen Verbindung mit Schleicher ihren für alle aufrichtigen Demokraten gefährlichen Ausdruck. Der Zeitpunkt, in dem Zehrer sich in solcher Weise bekannte, und die Umstände, unter denen es geschah, dürfen dabei nicht unberücksichtigt bleiben.

Heute tritt er nun wieder auf. Wie weit gleichen Zeit und Umstände jenen?

Zehrer beruft sich darauf, dass die Gestapo ihn im April 1933 von seiner Aufgabe als Chefredakteur der "Täglichen Rundschau" enthoben habe. Danach habe er sich nicht mehr publizistisch betätigt, von der Veröffentlichung von Romanen abgesehen. Der Zugriff der Gestapo, die übrigens erst Ende April 1933 gebildet wurde, galt dem Vertrauten Schleichers. Das ist keine Legitimation, die verschiedene Demokraten in jedem Falle als ausreichend anerkennen können.

Das Zwielicht, in dem Hans Zehrer für entfernte Beobachter stand, hatte die englische Militärregierung 1946 veranlasst, seine Kandidatur für die Chefredaktion der damals gegründeten "Welt" abzulehnen. Die Zeiten haben sich geändert. Zehrer ist jetzt zum Chefredakteur berufen worden (unbeschadet der Bestimmung des Vertrags über die Stiftung, nach der der Stiftungsvorstand ein Mitspracherecht bei der Berufung hat). Wir wissen, woran wir mit diesem Blatt und seiner so gekennzeichneten neuen Richtung sind, das sich zur Überparteilichkeit verpflichtete und Fairness und Gleichberechtigung für alle ausdrücklich versicherte. Wir werden beobachten und werden misstrauischer sein als gegenüber einem unbeschriebenen Blatt. Aber wir werden die Tat von heute gültiger werten als "Die Tat" von einst.

Niedersachsen in der Mühle der Bundespolitik

nd. Hannover, Ende September

Die DP - CDU-Fraktion hat im niedersächsischen Landtag zwei Anträge gestellt: den Landtag aufzulösen und neu zu wählen; dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Kopf das Misstrauen auszusprechen. Die Anträge werden am 7. Oktober im Plenum eingebracht. Sie werden bisher von 62 Abgeordneten der DP-CDU (46) und der FDP (16) unterstützt. 154 Abgeordnete zählt der niedersächsische Landtag, 78 Stimmen sind für den Misstrauensantrag erforderlich, 103 für die Landtagsauflösung. Mit anderen Worten: Der Sturz der Regierung Kopf wird vom Entscheid der 23 BKE-Stimmen abhängen, die Auflösung des Landtags ist nicht ohne die 58 SPD-Abgeordneten zu beschliessen.

Es ist parteipolitisch verständlich, dass die CDU aus dem Ergebnis der Bundestagswahl Kapital zu schlagen sucht. Aber auch nur parteipolitisch: Einmal ist eine grössere Verschiebung nur innerhalb der Rechtsparteien zu verzeichnen; DP und FDP haben am 6. September zugunsten der CDU bluten müssen - und der DP hatte die CDU noch 1951 bei den Landtagswahlen zwei Drittel der in Wahlgemeinschaft errungenen Sitze zubilligen müssen. Die SPD hat - auch in den beiden gleichzeitigen Landtagsnachwahlen - nahezu konstant ihre Stärke behauptet. Zum anderen ist einfach nicht einzusehen, weshalb eine Bundestagswahl derartige Folgerungen in einem Land nach sich ziehen soll. Im Bund, in dem die echten politischen Entscheidungen fallen, sind der SPD 1950, 1951 und 1952, als sie in Länderwahlen nachweisbar beachtlichen Stimmenzuwachs erhielt, die Neuwahlen verweigert worden. Und der Bundeskanzler war nur mit einer Stimme Mehrheit gewählt. Jetzt aber soll bei den Ländern, in denen die Kontinuität der Verwaltung ein wirkliches Argument ist, umgekehrt verfahren werden. Das ist - wahrhaftig - eine seltsame Logik! Sie ist wohl nur im Zuge einer Gleichschaltungspolitik zu verstehen. Wenn die Länderaufteilung, wenn der Bundesrat nach früheren CDU-Äusserungen eine besondere Aufgabe hatten, dann war es die: ein Gegengewicht zu sein gegen eine zentrale Bundesgewalt. Aber daran wollen sie nicht mehr erinnert werden.



Die innere Unaufrichtigkeit der Begründung für die Neuwahl wird auch schon daran deutlich, dass die CDU diesen ihren Antrag zurückziehen will, falls sich der BHE bereit erklärt, eine andere Regierungskoalition einzugehen.

Interessant bleibt also die Stellung des BHE zu diesen Anträgen. Er hat Neuwahlen zu fürchten - er verlor 22 bzw. 28% seiner Stimmen. Eine Änderung der niedersächsischen Koalition könnte nur als Gegengabe für einen oder zwei unbedeutende Ministersessel im Bund gewertet werden. Das würde dem BHE in der Öffentlichkeit keine hohe Meinung über seine Charakterfestigkeit eintragen. Dass Herr Kraft Ehrgeiz auf ein Bundesministerium hat, ist unzweifelhaft. Dass aber die Landesverbände des BHE seinem Ehrgeiz ihre politische Plattform in den Ländern zu opfern bereit sind, muss stark bezweifelt werden. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister und BHE-Landesvorsitzende v. Kassel hat im Wahlkampf die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit mit der SPD wiederholt unterstrichen.

Eine andere Koalition wäre landespolitisch wahrscheinlich für den BHE nur tragbar, wenn er den Ministerpräsidenten stellen könnte. So ist auch seine Pöhlungsnahme mit der FDP aufzufassen. Diese Konzession werden aber CDU, DP und FDP niemals machen. Diese Parteien werden den früheren CDU-Justizminister Dr. Hofmeister nominieren, dessen Ruf wiederum nach letzten Äußerungen beim BHE ausserordentlich gesunken ist. Eine Rechtskoalition müsste zudem ein 6 Ministerkabinett - eine alte Forderung der drei Bonner-Parteien im niedersächsischen Landtag - verwirklichen, in dem der BHE also an Einfluss verlieren würde.

Im Übrigen könnte der BHE in eine peinliche Zwangslage, bei der er wahrscheinlich alles verlöre, geraten, falls die SPD bei erkennbarer Neigung zu einer Koalitionsänderung den Antrag auf Neuwahl - bei der sie nichts zu befürchten hat - aufgreifen würde. Dann nämlich wäre es auch der DP - CDU kaum möglich, sich von ihrem Antrag zu distanzieren.